

Natürlich brauchen wir auch eine Offensive für gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Denn wir wollen doch die Spekulationen auf Grund und Boden unterbinden, um die Entwicklung der Grundstückspreise im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner einzudämmen.

Außerdem schaffen wir Anreize für Investoren und Familien, wenn wir die Grunderwerbsteuer über ein Landesprogramm ausgleichen, wenn Investoren mietpreisgebundene Wohnungen bauen oder Familien mit Kindern erstmalig Wohneigentum erwerben. Wir nutzen die rechtlichen Chancen und ermöglichen Kommunen, Grundstücke preisgünstig über ein Vorkaufsrecht zu erwerben, um dort günstige Mietwohnungen zu bauen.

Schließlich – auch das können Sie abtun – brauchen wir eine Offensive „Gut und sicher leben zu Hause“, die ein Investitionsprogramm für familienfreundliche und lebenswerte Städte beinhaltet.

Wir können doch in der Pandemiezeit nicht darüber klagen, dass soziale Kontakte wegbrechen, und dann haben wir Situationen in den Wohnungen, in den Quartieren, in den Siedlungen, wo das nicht gefördert wird, wo es keine Unterstützung gibt für die Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule, Jugendeinrichtung und Sportverein. Das muss man doch sehen. Wir müssen doch sehen, dass wir mehr Wasser, mehr Grün in den entsprechenden Siedlungen brauchen, um es auch klimagerecht anzupassen.

Auch da können wir uns nicht zurücklehnen – ist jedenfalls unsere Meinung – und sagen, das wird der Markt schon richten, sondern auch da müssen wir als Staat aktiv werden und für entsprechendes gutes und bezahlbares Wohnen sorgen.

Ich freue mich auf die Auseinandersetzung und auf die Anhörung im Ausschuss. Ich bin mir sicher, dass wir da gemeinsam einen Schritt weiterkommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar hier über die Empfehlung des Ältestenrats, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/14279** an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu überweisen. Dort sollen dann die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest: einstimmig so **überwiesen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

3 Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12976

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14362

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14365

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Drucksache 17/14325

zweite Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14350

In Verbindung mit:

Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KIAng)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12977

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/14254

zweite Lesung

Damit wir auch wissen, worüber wir jetzt diskutieren, wird das zur Aussprache gestellt. Als erster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Rehbaum das Wort. Bitte sehr.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn der Legislaturperiode wird Klimaschutz in der NRW-Koalition großgeschrieben. Die Landesregierung hat ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz vorgelegt, und das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat Nachschärfungen im Bund erfordert.

Auch die Mehrheit der Experten in der Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf hier im Landtag hat eine Harmonisierung mit der Bundesebene gefordert. Das ist genau unser Politikansatz. Denn wir

wollen EU- und Bundesregelung eins zu eins umsetzen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag vorgelegt und bereits im Ausschuss beschlossen. Darin enthalten: ein deutlich ambitionierteres Ziel bis 2030 von minus 55 % auf minus 65 % CO₂-Einsparung gegenüber 1990, ein neues Zwischenziel für 2040 und Klimaneutralität bereits 2045 statt 2050. NRW wird dann das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Länder haben. Deshalb werbe ich bereits jetzt um Zustimmung zum Gesetz.

NRW geht beim Klimaschutz klar voran. Das ist ein starkes Signal für den Klimaschutz in Europa.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sportliche Klimaziele sind das eine, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung das andere. Hier laufen die Vorwürfe der Opposition zum Gesetz ins Leere. Um es klar zu sagen: Das Klimaschutzgesetz ist eben kein Maßnahmengesetz. Das war bei Rot-Grün so, und so halten wir es auch. Konkrete Maßnahmen für die Erreichung der Klimaziele werden in unzähligen Gesetzen und Verordnungen geregelt. Punkt.

Weicht man mit Alleingängen bei den Zielen von den Vorgaben der übergeordneten Ebene ab, wird es nur unnötig teuer. Denn woanders ließe sich das CO₂ preiswerter einsparen. Dem Weltklima würde ein NRW-Alleingang nicht weiterhelfen, würde aber Wirtschaft und Arbeitsplätze belasten, energieintensive Unternehmen ins Ausland vertreiben. Allein 400.000 Beschäftigte und ihre Familien leben in Nordrhein-Westfalen von und mit der energieintensiven Industrie.

Für uns steht fest, Klimaschutz geht nur im Dreiklang: CO₂-Ausstoß senken, Industriestandort erhalten, Bezahlbarkeit für die Bürger und die Wirtschaft sichern.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Die NRW-Koalition von CDU und FDP zeigt, wie ambitionierte Klimaschutzpolitik geht. Mit 38 % CO₂-Einsparung gegenüber 1990 waren wir in Nordrhein-Westfalen 2019 erfolgreicher als der Bund und weit vor anderen Industrieländern in Deutschland.

In meiner letzten Rede habe ich die lange Liste der Maßnahmen der NRW-Koalition und der Landesregierung zum Klimaschutz seit 2017 vorgetragen, und ich tue das heute wieder ein Stück weit als Gedächtnisstütze für Sie, liebe Kolleginnen von SPD und Grünen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Rehbaum, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Abgeordneter Brems.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Nein, ich trage jetzt erst mal im Zusammenhang vor.

Bis 2030 werden 13 von 16 Braunkohleblöcken in Nordrhein-Westfalen abgeschaltet. Wir sind im Photovoltaikausbau in der Spitzengruppe bundesweit. Beim Windkraftausbau sind wir bundesweit Spitzenreiter 2020, und wir werden die installierte Leistung verdoppeln. Dazu werden wir die Schutzabstände von den kritisierten 1.500 m auf 1.000 m absenken und wenn die Kommune es möchte, sogar noch darunter. Das ist der gesunde Mittelweg zwischen erforderlichem Ausbau und Rücksicht auf die Anlieger.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin: „Diese Laschet-Politik kostet überall auf der Welt – gerade in Kanada – Menschen das Leben.“ Ich muss diesen ungeheuerlichen Vorwurf noch einmal wiederholen: „Laschet-Politik kostet überall auf der Welt ... Menschen das Leben.“

Das hat nicht irgendjemand gesagt, das hat gestern Nachmittag Oliver Krischer bei Twitter veröffentlicht. Dieser Oliver Krischer ist nicht nur Mitglied der Grünen seit 1989, er ist nicht irgendein Mitglied der grünen Bundestagsfraktion, er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der grünen Bundestagsfraktion. Oliver Krischer ist ein Aushängeschild der Grünen.

Als ich diesen Vorwurf zum ersten Mal gelesen habe, habe ich ihn für Fake News gehalten. Auf dieses Niveau, also dem politischen Mitbewerber den Tod von Menschen in die Schuhe zu schieben, hat sich noch nicht mal die AfD begeben. Das hat mit Wahlkampf nichts zu tun. Das lässt sich auch nicht damit entschuldigen, dass die Grünen in allen Umfragen weiter fallen.

Das hat auch überhaupt nichts mit sachlicher Kritik an der Klimapolitik der NRW-Koalition zu tun. Darum geht es Oliver Krischer überhaupt nicht. Daher erwarte ich seitens der gesamten CDU-Landtagsfraktion von den Kolleginnen und Kollegen der Grünen jetzt, hier und sofort eine eindeutige Distanzierung von den Äußerungen von Oliver Krischer,

(Beifall von der CDU und der FDP)

kein windelweiches „Hat er ja nicht so gemeint“, sondern eine klare Verurteilung einer solchen Niederträchtigkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Eine Partei und eine Fraktion, die sich demokratischen Werten verpflichtet fühlt, darf so etwas nicht dulden, darf so etwas nicht unwidersprochen lassen. Sie legen an die politischen Mitbewerber stets höchste Maßstäbe an. Beweisen Sie erst mal, dass Sie diesen selbst gerecht werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Grünen sind wehleidig, wenn es um das Aufdecken von Plagiaten ihrer Spitzenkandidatin geht und

leisten sich an anderer Stelle ungeheure Entgleisungen gegenüber Armin Laschet. Sie wollen einen fairen Wahlkampf? Das geht anders. Oliver Krischer hat den Deckel der Büchse der Pandora geöffnet. Machen Sie ihn jetzt ganz schnell wieder zu; distanzieren Sie sich sofort!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mehr als bei jedem anderen Politikfeld gilt beim Klimaschutz: nicht reden, sondern machen. – Fakt ist, die NRW-Koalition macht beim Klimaschutz richtig Tempo. Wir kleckern nicht, wir klotzen. Für die Jahre 2020 und 2021 haben wir mehr als 550 Millionen Euro für Energiewende und Klimaschutz zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Bei Rot-Grün waren es in ihrem letzten Haushalt 2017 kraftlose 24 Millionen Euro.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ...

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Die Landesregierung hat gemeinsam mit den Partnern aus der Wirtschaft zehn Wasserstoff-IPCEI-Projekte nach NRW geholt. Das bedeutet noch mal 500 Millionen Euro Landesanteil. Der Bund gibt 1,2 Milliarden Euro obendrauf. In Summe löst dies Wasserstoffinvestitionen von mehr als 7 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen aus. So geht Tempo beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft. So machen wir das.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen unsere Industrie und Arbeitsplätze für Millionen Menschen nicht mit unerreichbaren Zielen aus dem Land vertreiben. Wir wollen der Wirtschaft bei der Umstellung auf Wasserstoff und Co. helfen – vom Mittelstand bis zum Großkonzern.

NRW muss klimaneutrales Industrieland werden. Deshalb geht es um ein Level Playing Field. Es geht also – das wird jeder einsehen – darum, marktwirtschaftliche Instrumente zu stärken und die Auswertung des Emissionshandels anzustreben. Die EU sollte hier mit den USA vorangehen.

Wir brauchen schneller die erforderliche Netz- und Speicherinfrastruktur, einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Harmonisierung von Klimaschutz und Artenschutz. Und als Brücke für die Versorgungssicherheit an dunklen und windstillen Tagen brauchen wir moderne Gaskraftwerke, die klimaneutral auf synthetische Gase umgerüstet werden können.

Die NRW-Koalition mit Armin Laschet an der Spitze hat die Weichen für effizienten Klimaschutz „Made in NRW“ längst gestellt und ist Spitzenreiter in Deutschland: für unsere Zukunft, für die Erde unserer Kinder.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. Sie haben gesehen, dass eine Kurzintervention von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzw. Frau Abgeordneter Brems in Person angemeldet wurde.

Bevor ich der Kollegin Brems allerdings das Wort gebe, will ich nur darauf hinweisen, dass wir hier im Parlament grundsätzlich von Wort und Widerwort leben, wobei wir mittlerweile auch die Ausnahme zugelassen haben, dass das eigene Wort gelegentlich mal grafisch unterstützt werden kann. Aber wenn die Nachricht angekommen ist, dann wollen wir uns hier doch auf Wort und Widerwort beschränken.

So, jetzt hat Frau Kollegin Brems für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort. Bitte sehr.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Rehbaum, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede selbst den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts angesprochen und ihn jedenfalls als sehr positiv dargestellt. In Ihrem Änderungsantrag zu § 3 des NRW-Klimaschutzgesetzes heißt es aber jetzt – ich zitiere –: „Subjektive Rechte und klagbare Rechtspositionen werden durch oder auf Grund dieses Gesetzes nicht begründet.“

Für mich liest sich das wie eine Aushebelung des Bundesverfassungsurteils. Sie wollen wohl verhindern, dass Ihnen so was wie vor dem Bundesverfassungsgericht noch mal passiert. Ist das ernsthaft Ihre Lehre aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts?

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Liebe Kollegin Brems, ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie sich jetzt entschuldigen und distanzieren

(Beifall von der CDU und der FDP)

von den unsäglichen Aussagen Ihres Kollegen Oliver Krischer. Das war eine Chance; die haben Sie verтан.

Ich kann nur sagen: An dieser Stelle haben wir mit dem Klimaschutzgesetz NRW die Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes vollumfänglich erfüllt. Wir werden damit Generationengerechtigkeit herstellen. Ich denke, das ist die Botschaft. Wir müssen in unserer Generation jetzt tun, was wir können, und den Weg und die Weichen so stellen, damit Klimaschutz erfolgreich funktionieren kann und wir 2045 dann auch wirklich klimaneutral sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Stinka das Wort.

André Stinka¹⁾ (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rehbaum, wissen Sie, die beiden Plakate sagen ja mehr als tausend Worte. Das will ich mal sagen. Wer es nötig hat, hier mit solchen platten Dingen zu kommen, der zeigt, dass er in den letzten Jahren komplett gescheitert ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist bei Ihnen der Fall. Sie müssen sich im Nachgang zu dieser Debatte noch mal Ihre Rede anhören. Sie sagen: Klimaschutz ist bei der Regierung Laschet von Anfang an immer großgeschrieben worden.

(Henning Rehbaum [CDU]: So ist es!)

Dann legen Sie wenige Monate vor Ende der Legislaturperiode das Gesetz vor. Sie sind komplett gescheitert; denn Sie haben vier Jahre mit einem rot-grünen Gesetz gearbeitet.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das merken Sie noch nicht mal in Ihrer eigenen Rede. – Sie reden über Gedächtnislücken. Ich habe die Gedächtnislücken nicht. Ich weiß, wie Oliver Wittke, ich weiß, wie Gisela Thoben und viele andere CDU-Minister ...

(Zurufe von der CDU)

– Ja, ist egal. Auf jeden Fall war „Thoben“ richtig.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich weiß, wie Sie die Windkraft bekämpft haben.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU] – Unruhe)

Ich weiß, wie Sie in der Enquetekommission gearbeitet haben. Sie müssen mich nicht erinnern. Sie machen den Fehler bis zum heutigen Tage. Ihr Redeeinstieg mit großen Plakaten macht das noch mal deutlich, Herr Rehbaum. Sie sind komplett neben der Spur. Das ist heute hier noch mal klar geworden,

(Beifall von René Schneider [SPD])

auch, weil Sie gesagt haben: Ja, wir gehen den Mittelweg.

(Henning Rehbaum [CDU]: Jetzt wird es aber grenzwertig!)

Ich würde sagen, nein, Sie gehen nicht den Mittelweg. Die Regierung Laschet geht den Mittelmaßweg, und das nicht mal mit großen Worten. Es ist Mittelmaß. Sie versprechen jedem alles, und Sie sprechen in Ihrer Rede ja nicht mal über Ihr eigenes Klima-

schutzgesetz. Sie listen wieder auf, aber ich habe Ihnen schon in der Ausschusssitzung gesagt, Herr Rehbaum: Listen und Finanzmittel tragen nicht dazu bei, dass eine Windkraftanlage gebaut wird, dass ein Heizkessel ausgetauscht wird.

(Beifall von Christian Dahm [SPD])

Sie tragen auch nicht dazu bei, dass die Akzeptanz steigt. Dann kommt noch die Begründung, aber der Braunkohlebeschluss ist in Berlin und nicht hier gefasst worden. Wir reden heute im Landtag von Düsseldorf darüber, was Sie tun, und Sie tun nix. Das ist nämlich das Resultat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also, Herr Kollege, da wäre ich mal ganz vorsichtig.

Ich will noch einmal auf das Thema „Karlsruhe“ eingehen. Karlsruhe hätte eine Chance für Nordrhein-Westfalen sein können, neue Maßstäbe und ambitionierte und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen und auch Planbarkeit zu geben. In der Anhörung zum Investitionsgesetz am 20.01. sagte die IHK Aachen – das ist auch keine Vorfeldorganisation der SPD –, dass die Planungssicherheit fehlt und dass man sich ambitionierte Ausbauziele in NRW vorstellt. Das sagt die IHK Aachen nach vier Jahren CDU-FDP-Regierung. Das können Sie nachlesen. Von daher wäre ich mal ganz vorsichtig mit den großen Ankündigungen.

Der Konjunktiv, den wir in dem Gesetzentwurf sehen, macht deutlich, dass Sie Ihr Gesetz im Grunde nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hätten zurückziehen oder grundlegend überarbeiten sollen.

Wenn Sie sich hierhinstellen, müssen Sie auch eigene Ideen, eigene Ansätze und eigene Verbesserungen vortragen. Die Erweiterung des Klimaschutzgesetzes, die vom Bund übernommen wird, reicht hier bei Weitem nicht aus. Deswegen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen Änderungsantrag eingebracht, um ein Monitoring – erinnern Sie sich an die Anhörung, die wir alle gemeinsam verfolgt haben – gerade der sozialen Folgen des Klimaschutzes zu etablieren.

Sozialverträglichkeit darf eben keine leere Worthülse bleiben. Vielmehr bedarf es einer transparenten Datengrundlage mit einem jährlichen Monitoring einschlägiger Sozial- und Einkommensdaten und Arbeitsmarktindikatoren. So wird eine Datengrundlage geschaffen, auf der man Fehlentwicklungen bei Belastung – darüber muss man bei der CO₂-Preisgestaltung auch ehrlicherweise reden – klar erkennt. Eines muss doch klar sein: Klimaschutz wird nur dann akzeptiert, wenn es gerecht zugeht, und das ist besser als Ihr plakativer Aktionismus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vielmehr ist Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung unbedingt erforderlich, denn Klimaschutz muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Es bedarf eines Umdenkens aller. Sie können sonntags nicht so reden und an den anderen Tagen anders. Man muss deutlich machen, dass ein Kraftakt in diesem Industrieland notwendig ist, damit der Wandel hier passiert.

Die einfache Erhöhung des CO₂-Preises, wie sie nun auch mehrfach im Plenum gefordert wurde, ist kein Allheilmittel, vor allem dann nicht, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen und über das Instrument untere und mittlere Einkommen zusätzlich belastet werden, ohne dass ein entsprechender Ausgleich sichergestellt ist. Das ist nicht die Lenkungswirkung, die wir Sozialdemokrat*innen wollen, vor allem vor dem Hintergrund, dass inzwischen hinlänglich bekannt ist, dass den größten CO₂-Fußabdruck nicht die Menschen mit wenig Geld hinterlassen, sondern Menschen mit einem hohen Lebensstandard.

Für uns steht als Zwischenfazit fest: Die Klimawende kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie für alle funktioniert. Klimaschutz muss sozialverträglich sein, das heißt, der Wandel hin zur Treibhausgasneutralität darf nicht diejenigen überproportional belasten, die am wenigsten Einkommen haben. Das ist unser Anspruch der Sozialdemokratie hier in Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung stochert – das habe ich gerade gesagt – nach wie vor im Nebel und sucht noch ihren Kompass im Klimaschutz. Die Rede von Herrn Rehbaum macht das heute erneut deutlich. Mittlerweile stochern Sie vier Jahre. Und wieder einmal stellen Sie sich heute hierhin und sagen: Wir haben erfolgreich gearbeitet und legen jetzt, im Juli 2021, diesen Gesetzentwurf vor. Sie haben immer auf rot-grüner Basis hier im Land gearbeitet, und nichts anderes haben Sie gemacht.

Deswegen ist es für uns noch einmal deutlich, dass die Lasten, die dieser Wandel, die diese Transformation mit sich bringt, dieser Entscheidungen heute bedürfen. Der Weg muss auch heute aufgezeigt werden; denn das sind wir den nachfolgenden Generationen sichtlich schuldig.

Klimaschutz, der Arbeit schafft – das ist für uns Sozialdemokrat*innen der Ansatz für den Fortschritt in Nordrhein-Westfalen. Der ökologische Umbau wird neue und sichere Arbeitsplätze schaffen, vorausgesetzt, man macht es richtig. Und genau das ist der Haken in der Geschichte. Dazu muss man es richtig machen und klar formulieren, wo die Gesellschaft, die Industrie hingeht. Ich erinnere nur an unseren Antrag zum Thema „Stabilitätsfonds“. Wie wollen Sie die großen Unternehmen begleiten? Wie soll das organisiert werden? Wie sieht in einem Gesetz, in dem Sie keine Ziele festlegen, denn ein Monitoring in dem Bereich eigentlich aus? Wie sieht es aus, wenn die

Ziele nicht eingehalten werden? Dazu hören wir von Ihnen kein Wort. Soll es so weiterlaufen? – Kann wohl kaum so sein.

Schauen wir uns den Windkraftausbau an. Sie bremsen den Windkraftausbau – dazu kommen wir heute im Laufe des Tages noch – in Nordrhein-Westfalen durch die pauschalen Mindestabstände von 1.000 m schlichtweg aus und lassen sich vorhin für den Rückschritt von 1.500 m auf 1.000 m feiern. Da habe ich mir gedacht: Jetzt muss aber hier Jubel im Saal ausbrechen. Das ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die in dem Bereich arbeiten. Sie gefährden damit 20.000 Arbeitsplätze, die rund um die Windkraftindustrie hier bis zum Jahr 2017 zu verzeichnen waren.

Aber die neuen Zahlen machen deutlich, dass wir bereits jetzt einen Rückgang der Beschäftigten in diesem Bereich haben. Die neuen Abstandsregeln werden zu weniger Rechtssicherheit und zu stärkeren Beeinträchtigungen in dieser Branche führen.

Sie können sich gerne weiterhin mit anderen Bundesländern vergleichen. Unser sozialdemokratischer Anspruch ist, dass NRW vorausgeht, wenn es Industrieland ist, wie Sie es immer betonen, und Vorbild für andere Bundesländer ist.

(Henning Rehbaum [CDU]: Auch Rheinland-Pfalz hat ...)

Im Übrigen regieren Sie hier, und Sie haben hier Verantwortung, und der Verantwortung müssen Sie sich stellen.

Eine aktuelle Studie unterstreicht, dass die Pläne der Landesregierung dazu führen, dass höchstens 8 GW Windkraftleistung bis 2030 ausgebaut werden können. Damit wird das von Ihnen selbst gesteckte Ziel von 10,5 GW Windleistung nicht erreicht. Und selbst diese 10,5 GW wären zu wenig, um die von Ihnen selbst gerade ins Spiel gebrachten Klimaschutzziele zu erreichen. Sie stecken sich als Landesregierung ambitionslose Ziele beim Windkraftausbau, und es gelingt Ihnen noch nicht einmal, diese zu erreichen. Das ist eben mutlos und zeigt, dass Sie nicht den entsprechenden Willen haben, mit diesem Gesetz ernst zu machen. Das macht deutlich, dass es Ihnen darum nicht geht.

Wenn man sich die vorläufigen Zahlen für das erste Halbjahr 2021 anschaut, dann stellt man fest, dass 37 Windkraftanlagen mit 143 MW und 11 Stilllegungen mit 26 MW weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein sind, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Meldefrist noch vier Wochen läuft und es noch zu Veränderungen kommen kann. Schließlich haben Sie selbst in Ihrem Gesetz Klarheit darüber geschaffen, dass Sie etwa 944 MW ausbauen müssen. Das bedeuten 210 Windkraftanlagen jedes Jahr, sonst werden Sie das 65%-Ziel nicht erreichen.

Ihr fadenscheiniges Argument, dass es zu mehr Akzeptanz kommt, wenn größere Abstände bestehen,

haben Sie selbst durch Ihr Zurückgehen von 1.500 m auf 1.000 m ad absurdum geführt. Deswegen setzen wir Sozialdemokrat*innen auf Klimaschutz als Jobmotor für gute Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Wir setzen auf Ehrlichkeit, Klarheit und nachvollziehbare Ziele in diesem Industrieland. Wir machen deutlich, dass damit Fortschritt einhergeht, aber wir gaukeln den Menschen auch nicht vor, dass dies ein Weg ist, den man eben mal so beschreiten kann, sondern wir brauchen die gesamte Gesellschaft mit der gesamten sozialen Absicherung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege. – Nun spricht Herr Brockes für die FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Herr Stinka, Sie lagen nicht nur beim Vornamen von Christa Thoben falsch, sondern in weiten Teilen auch bezüglich Ihrer Rede.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn das hier ist wirklich ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen, und es ist ein guter Tag für das globale Klima. Nordrhein-Westfalen setzt mit diesem Klimaschutzgesetz neue Maßstäbe. Kein anderes Bundesland und auch keine Industrieregion in Europa setzt sich so ambitionierte Ziele wie dieser Regierung hier in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

Dabei ist es uns sehr wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, den Mittelstand und auch die Industrie auf diesem Weg mitnehmen. Das heißt, wir bringen Ökologie und Ökonomie in Einklang, und dies, meine Damen und Herren, unterscheidet eben eine von der FDP-mitregierte Regierung ganz klar von einer grünregierten Regierung.

Das Wichtigste, meine Damen und Herren, für das Klima ist nämlich, dass man sich nicht nur Ziele setzt, sondern diese auch umsetzt und erreicht. Auch dabei machen wir den deutlichen Unterschied, wie uns allen eben die Zahlen aus Baden-Württemberg im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen gezeigt haben.

Deshalb ist es auch richtig und notwendig, dass wir die kleinteiligen und ineffizienten Regelungen der Vorgängerregierung ablösen und durch einen klaren Rahmen ersetzen, der Klimaschutz zum Treiber für Innovationen und Modernisierung macht. So machen wir Nordrhein-Westfalen zum modernsten und innovativsten Industriestandort in Europa, und das ist unser Anspruch.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verstehen wir als Auftrag, unsere Vorreiterrolle beim Klimaschutz noch weiter auszubauen. Der vorliegende Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aus CDU und FDP verankert dies auf Landesebene.

Die Neufassung sieht insgesamt Änderungen vor, die aufgrund von veränderten klimapolitischen Rahmenbedingungen geboten sind. Damit sorgen wir auch für einen Einklang mit den aktuellen nationalen und internationalen Zielsetzungen beim Klimaschutz.

Die Neufestlegung von Treibhausgasminderungszielen für 2030 und 2040 sowie die Anpassung des Klimaziels für 2045 ist ein klares Bekenntnis der NRW-Koalition zum Klimaschutz und zu den Pariser Klimazielzielen.

Das Gesetz unterstreicht die Bedeutung von Innovationen, Technologieoffenheit und hebt Modernisierungspotenziale unseres Landes. Es passt daher hervorragend in die bereits vorgelegten Strategien und Konzepte der Landesregierung, sei es das industriepolitische Leitbild NRW, die Energieversorgungsstrategie NRW, die Wasserstoff-Roadmap Nordrhein-Westfalen oder eben auch die Aufwertung der Energieagentur zu einer starken und flexiblen Energie- und Klimaagentur.

Außerdem wird es hervorragend durch das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz ergänzt, zu dem gleich mein Kollege Markus Diekhoff noch ausführen wird.

Meine Damen und Herren, so sorgen wir für Klimaschutz und sichern gleichzeitig Wohlstand und Beschäftigung in unserem Land. Das ist der gebotene und richtige Weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Brockes. – Jetzt hat Frau Brems für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Koalition möchte so gerne Maß und Mitte verkörpern. CDU und FDP sind beim Klimaschutz aber unterstes Mittelmaß. Mittelmaß heißt, Veränderungen erst dann anzugehen, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn es fast schon zu spät ist und wenn Sie gar nicht mehr herkommen. Und selbst dann machen Sie nur das absolute Minimum. Sie trauen sich überhaupt nichts zu; nicht einmal Ihr eigenes Mittelmaß.

Sie haben den Klimaschutz jahrelang als grüne Spielerei abgetan. 2013 haben Sie bei der Verabschiedung des rot-grünen Klimaschutzgesetzes noch den

Untergang des Industrielands Nordrhein-Westfalen vorhergesagt. Jetzt brüsten Sie sich damit, ambitionierter als das zu sein, was Sie damals schon viel zu viel fanden. Das ist kurios.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

2014 haben Sie die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler für einen Fehler gehalten.

(Henning Höne [FDP]: Also stehen Sie jetzt doch wieder zu der Entscheidung?)

All das ist aber nicht verwunderlich, weil ein Ministerpräsidenten Armin Laschet noch vor zwei Jahren vollkommen überrascht feststellte: Aus irgendeinem Grund ist das Klimathema plötzlich zu einem weltweiten Thema geworden.

Vier Jahre lang haben CDU und FDP beim Klimaschutz nichts gemacht.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wo kommt das nur her?)

Sie haben sich nicht einmal an die gesetzlichen Vorgaben des Klimaschutzgesetzes gehalten; denn Sie haben das vorgeschriebene Monitoring und die bis Ende 2020 durchzuführende Überarbeitung des Klimaschutzplans einfach nicht gemacht.

(Josefine Paul [GRÜNE]: So ist das!)

Die Deutsche Umwelthilfe hat deswegen sogar Klage eingereicht,

(Henning Rehbaum [CDU]: Wer?)

aber das alles interessiert Sie nicht. Sie stellen sich einfach über Recht und Gesetz

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Henning Höne [FDP])

und verhindern ernsthaften Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN – Josefine Paul [GRÜNE]: So ist es!)

Damit sind Sie dafür verantwortlich, dass die Verdrossenheit über die Politik immer weiter zunimmt und das Vertrauen in die Demokratie leidet.

(Markus Diekhoff [FDP]: Was ist denn das für ein Unsinn?)

Heute stellen Sie sich hierhin, feiern sich selbst und wollen von uns sogar irgendwie noch gelobt werden,

(Henning Rehbaum [CDU]: Nee, lieber nicht!)

weil Sie endlich einmal einen Minischritt beim Klimaschutz gegangen sind. Das ist einfach nur verlogen und heuchlerisch.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Eine Entschuldigung würde helfen! – Markus Diekhoff [FDP]: Eine Entschuldigung erwarten wir, das ist alles!)

Sie versprechen den Menschen den Klimaschutz und kündigen neue Ziele an. Ihr selbstangelegtes Maß ist dann aber lächerlich gering. Jedes Wirtschaftsunternehmen würde mit solchen Zielbeschreibungen untergehen.

Mit diesem Gesetz wird Nordrhein-Westfalen und damit auch Deutschland nicht genug beitragen, um das Ziel von Paris einzuhalten. Daran ändern auch Ihre Korrektur und die Anpassung an das nachjustierte Bundesklimaschutzgesetz nichts.

Denn Ihr eigenes Gesetz passt nicht zusammen.

In § 1 des Gesetzentwurfs heißt es: „Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris ...“ Die dann in § 3 genannten Ziele reichen jedoch absolut nicht aus, um dieser Verpflichtung auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Die Erwartung an Ihr eigenes Maß, dass Ihre eigene Verpflichtung aus § 1 des Gesetzentwurfs wenigstens bis § 3 halten sollte, ist also schon wieder zu groß. Aber wen wundert's?

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Der Umgang von Armin Laschet mit Maß, Maaßen und Masken ist seit Langem nur noch eines, nämlich absolut maßlos.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh! – Henning Höne [FDP]: Es sinkt für Sie das Niveau! – Gegenruf von Josefine Paul [GRÜNE]: Das hatten wir doch schon bei TOP 1 erreicht! – Henning Rehbaum [CDU]: Hoch lebe die Alliteration!)

– Ich scheine Sie wieder zu treffen.

(Unruhe)

Wenn Sie diesen Enthusiasmus, den Sie hier „anbrüllen“, einmal in ein Klimaschutzgesetz stecken würden, was hätten wir längst erreichen können?

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] und René Schneider [SPD] – Henning Höne [FDP]: Zum Fremdschämen ist das!)

Sie nehmen die moralische Verpflichtung für die Freiheit künftiger Generationen nicht ernst. Das zeigt Ihr Handeln bzw. – besser – die Abwesenheit von jeglichem Handeln. Sie sind nicht bereit, über Ihre hohlen Ankündigungen und platten Sprüche hinauszugehen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Sie denken doch nur an Windkraft!)

Armin Laschet ist als Ministerpräsident nicht einmal bereit, diese Zukunftsthemen im Plenum zu begleiten. So viel zu dem Thema „Wichtigkeit des Klimaschutzes für Armin Laschet“. Wo ist er?

(Beifall von den GRÜNEN)

Handeln Sie endlich! Sagen Sie konkret, wie es gehen soll, anstatt stumpf Ziele zu formulieren, ohne zu sagen, wie diese Ziele eingehalten werden sollen; denn die Zukunft unserer Kinder und Enkel hängt davon ab.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Henning Rehbaum [CDU]: Wir machen das seit 2017!)

Meine Oma hätte über dieses Gesetz gesagt: Außen hui, innen pfui!

Weil Sie Ihre Arbeit nicht machen, haben wir eine Studie beauftragt, die zeigt,

(Markus Diekhoff [FDP]: Oh!)

wie Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann.

(Zuruf: Machen Sie ja nicht! – Weitere Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

– Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass wir diese Studie beauftragt haben.

(Unruhe – Glocke)

Das ist jetzt nicht so schwer zu verstehen, oder?

(Zurufe von der FDP – Carsten Löcker [SPD]: Die Steigerung kommt erst danach!)

– Sind Sie gleich fertig?

Ein Ergebnis der Studie lautet: Nordrhein-Westfalen kann bis 2040 klimaneutral werden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aber nicht mit dieser Landesregierung!)

Dafür sind aber der Kohleausstieg bis 2030 und der Ausbau der erneuerbaren Energien unerlässlich.

(Henning Höne [FDP]: Dann ist es ja gut, dass wir Ihre Leitentscheidung korrigiert haben!)

Mit jedem Jahr, in dem Sie den notwendigen Umbau der Wirtschaft weiter verschleppen, machen Sie es teurer und schwieriger. Wir hingegen stellen uns der Verantwortung mit unserer Studie und mit unseren Ideen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Sie hatten die Braunkohleverbrennung bis 2045 beschlossen!)

Wir vertrauen den Menschen und der Wirtschaft in diesem Land. Wir haben Zutrauen in die Technologien und dass sie uns auf den 1,5-Grad-Pfad bringen können.

(Zurufe von der FDP)

Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden, und es könnte jetzt gehandelt werden. Wir brauchen dafür nicht auf wilde Zukunftsphantasien zu warten;

(Josefine Paul [GRÜNE]: Vielleicht erfindet ja noch jemand was!)

seien es die übertriebenen Wasserstoffträume von Minister Pinkwart oder der von Söder angekündigte Warp-Antrieb. Dieses unsägliche Hoffen auf ein Allheilmittel in der Zukunft und diese ewigen Verweise auf Innovationen

(Henning Rehbaum [CDU]: Sie hoffen nur auf Windkraft!)

und Technologieoffenheit verbrennen Zeit, Möglichkeiten, Chancen und damit auch Geld. Dabei sind Sie selber weder innovativ noch scheinen Sie so offen zu sein,

(Henning Rehbaum [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

um die Technologien von morgen zu verstehen, denn sonst würden Sie endlich anerkennen, was die Wissenschaft sagt: Für mehr Wasserstoff sind mehr erneuerbare Energien notwendig.

Sie sagen immer, Sie seien so unternehmensnah. Warum hören Sie dann beispielsweise nicht auf den Vorstandsvorsitzenden von VW, Herbert Diess? Ich hätte selber nicht unbedingt gedacht, dass ich ihn jemals hier zitiere.

Herbert Diess sagte in der „Financial Times“:

„Sie werden keinen breiten Einsatz von Wasserstoff in Autos sehen. Nicht einmal in 10 Jahren, weil die Physik dahinter einfach so unvernünftig ist.“

Sehr geehrte Damen und Herren, die Unternehmen in unserem Land sind viel weiter als Sie. Die Unternehmen warten sehnsüchtig darauf, dass für einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen konsequenten Klimaschutz endlich verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. CDU und die FDP degradieren aber das, was die Unternehmen schon längst können, und Sie berauben diese Unternehmen Ihrer wirtschaftlichen Chancen.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Klingt gut, stimmt aber nicht! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Warum trauen Sie den Menschen und ihren Unternehmungen nichts zu? Sie machen Politik nur aus Ihrer eigenen Angst heraus, Ihre Privilegien und Ihre Macht zu verlieren.

(Henning Rehbaum [CDU]: Ui! – Henning Höne [FDP]: Deswegen haben Sie 2016 zugestimmt!)

Wohin diese Angst führt, sehen wir beim Blick auf die heutige Tagesordnung. Sie verabschieden gleich ein Klimaschutzgesetz, und innerhalb von eineinhalb Stunden schreiben Sie dann Mindestabstände für Windenergie zur Wohnbebauung fest.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das sagt Frau Brems, die für die Leitentscheidung gestimmt hat! – Markus Diekhoff [FDP]: Peinlich, peinlich!)

Das führt dazu ...

(Unruhe – Glocke)

– Sie könnten Ihre Energie wirklich für etwas anderes verschwenden.

Das führt dann dazu, dass Sie Ihre eigenen Ziele weder in der Klima- noch in der Energiepolitik erreichen können.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wir übertreffen Ihre Ziele deutlich! 38 %!)

Ich frage Sie: Ist das ernsthaft Ihre Strategie für die Zukunft? Sieht für Sie so ein verantwortungsvolles Regieren aus?

Wir haben unsere Kritik und unsere Forderungen in unserem Entschließungsantrag zum Ausdruck gebracht und lehnen Ihre scheinheiligen Versuche zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung ab.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wir übertreffen doch Ihre Ziele!)

Diese Art von Politik kann kein Maß für die Herausforderung der Zukunft sein, weil NRW mehr kann und mehr verdient hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Ui, Ui! Braunkohleverstromung bis 2045 beschlossen und dann so eine Rede! – Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Brems. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Ideen – auch Ihre, Frau Paul – zum sogenannten Klimaschutz werden eine vierköpfige deutsche Familie um 8.100 Euro pro Jahr ärmer machen. 8.100 Euro pro Jahr und Familie – so lautet die Aussage eines Experten in der Anhörung, der eine Studie der renommierten Stanford University zitierte.

Nach dieser Studie werden die hohen Strompreise das Wirtschaftswachstum in Deutschland massiv reduzieren. Das reduzierte Wachstum wird zu einem jährlichen Wohlstandsverlust von 161 Milliarden Euro führen. Das sind mehr als die gesamten Bildungskosten von 147 Milliarden Euro, die wir uns in Deutschland leisten.

Diese 161 Milliarden Euro sind nicht die Kosten des Klimawandels. Nein, das sind die Kosten Ihrer Maßnahmen gegen den sogenannten Klimawandel.

Dabei wäre ein Wetter- und Klimaschutz ganz einfach zu haben. Aber die Politiker ignorieren die einfachen Lösungen. Wenn es regnet, benutzen die Bürger einen Regenschirm. Wenn die Sonne zu stark scheint, macht man die Markise raus oder die Rollos runter. Wer keinen Regenschirm hat, der kauft sich einen. Wer keine Markise hat, der kauft sich eine. Und wer an der Küste wohnt, baut einfach höhere Dämme.

Aber keiner würde auf die Idee kommen, draußen im Garten einen Regentanz aufzuführen, um das Wetter zu ändern. Ihre sogenannten Klimaschutzmaßnahmen sind aber nichts anderes als das Aufführen eines Regentanzes.

Denn jeder Fachkundige weiß, dass zusätzliche Windindustrieanlagen in Deutschland die CO₂-Mengen in der EU gar nicht reduzieren, denn es gibt den EU-weiten Zertifikathandel. Alle CO₂-Mengen, die in Deutschland reduziert werden, können einfach anderswo in Europa in die Luft gepustet werden – beispielsweise durch polnische Kohlekraftwerke.

Jeder Fachkundige weiß zudem, dass die IPCC-Berichte politische Berichte sind und eben keine wissenschaftlichen Berichte.

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Das machte auch der Experte Dr. Lüning, der selbst Gutachter beim IPCC ist, deutlich, als er das Gutachtersystem des IPCC ansprach. Ich zitiere:

„Leider werden auch dort kritische Stimmen meist ignoriert. Das ist möglich, weil auch die Begutachtungsgutachter – die Begutachtungsschiedsrichter – vom IPCC-Vorstand persönlich ausgesucht wurden. In Wirklichkeit sind die tausende IPCC-Berichtsautoren leider politisch vorgefiltert. Das hat zur Folge, dass konträre Ansichten, Wissenslücken und Unsicherheiten im Bericht nur halbherzig dokumentiert werden und besonders kontroverse Themen sogar leider ausgespart bleiben.“

Der IPCC unterdrückt somit kritische Stimmen, unterdrückt gegenteilige Meinungen. Wer sich auf den IPCC als Quelle beruft, unterstützt auch diese Meinungsunterdrückung der Andersdenkenden und befindet sich damit außerhalb des demokratischen Diskurses, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ihr vorgelegtes Gesetz zeigt damit undemokratische Elemente. Wer aber die freie Wissenschaft verleugnet, kann nicht erwarten, dass wir als AfD zustimmen. Ihr Gesetz schadet vielmehr der Wirtschaft. Die Industrie wandert ab.

Sie sagten, Frau Brems, die Industrie ist schon weiter. – Ja, Coty produziert nicht mehr in Köln, sondern in Frankreich. Die Batteriefabrik Hawker produziert demnächst in Polen und nicht mehr in Hagen. Sie

sind schon viel weiter und haben das Land schon verlassen.

Denn Frankreich ist beim Industriestrom um bis zu 70 % billiger, Polen um 40 %. Damit ist Ihr Gesetz ein Antiindustriengesetz. Aber wer keine Industrie mehr hat, hat auch keine Industriearbeiter mehr. Sie stellen sich damit auch gegen unsere Arbeiter, und das können wir nicht dulden.

Sie, Herr Brockes und Herr Rehbaum, wollen aus einem erfolgreichen Industrieland am Ende einen klimaneutralen Bauernstaat machen. Ihr Gesetz steht für Zwang und Wohlstandsverlust und ersetzt Vernunft durch Ideologie. Wir als AfD stehen jedoch für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart¹⁾, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. Die Schmerzen der Grünen, Frau Brems, heute nicht dazu beitragen zu können, hat man aus Ihrer Rede förmlich heraushören können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir novellieren nämlich das nordrhein-westfälische Klimaschutzgesetz, das schon zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung durch Rot-Grün – das ist auch an Sie gerichtet, lieber Herr Stinka – im Jahr 2013 mit einem CO₂-Minderungsziel von minus 25 % bis 2020 ambitionslos war.

So hatte die schwarz-gelbe Vorgängerregierung schon im Jahr 2008 einen CO₂-Reduktionsplan unter der Verantwortung meiner Vorgängerin Christa Thoben

(Frank Sundermann [SPD]: Heißt die nicht Gisela?)

von minus 33 % bis 2020 beschlossen, und die Bundesregierung hatte sich gegenüber Brüssel bereits zu einer CO₂-Minderung von 40 % bis 2020 verpflichtet.

Liebe Frau Brems, stellen Sie das bitte einmal Ihrer Rede, die Sie vorhin gehalten haben, gegenüber.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ein kompletter Widerspruch zu Ihrem eigentlichen Handeln. Das ist Ihr Problem. Sie mögen in der Opposition vielleicht ganz gut beim Klimaschutz sein, in der Regierung waren Sie es nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unambitioniert war auch das Ziel, bis 2050 nicht klimaneutral werden zu wollen, sondern lediglich eine CO₂-Minderung von 80 % anzustreben.

Förmlich aus der Zeit gefallen war das Klimaschutzgesetz spätestens aber Ende 2015 mit dem Beschluss des Pariser Klimaabkommens.

(Henning Rehbaum [CDU]: Richtig!)

Statt hier mit dreijähriger Verspätung nach Beschluss des Gesetzes einen Klimaschutzplan mit vielen wolkigen Maßnahmen und bunten Bildern vorzulegen, um mit der Leitentscheidung von 2016 den Weg für die Verlängerung der Braunkohleförderung bis weit in die Mitte dieses Jahrhunderts zu verlängern, hätte die rot-grüne Regierung spätestens im Frühjahr 2016 eine Anpassung des Klimaschutzgesetzes vornehmen müssen, Frau Brems, Herr Stinka. Getan haben Sie überhaupt nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP – Carsten Löcker [SPD]: Da hätte die FDP natürlich zugestimmt!)

Sie haben die Leitentscheidung beschlossen.

Im Klimaschutzplan – das ist wie ein Roman mit schönen Bildern – steht auch etwas zur klimaneutralen Landesverwaltung. Sie schreiben, drei Jahre nachdem Sie angekündigt haben, dass es einen Klimaschutzplan geben sollte, dass Sie dafür in 2016 noch ein Konzept vorlegen wollen. – Passiert ist nicht viel.

Sie haben einen Tesla angeschafft; das ist richtig.

(Henning Höne [FDP]: Einen Tesla!)

Aber die PV-Station beim LANUV haben Frau Heinen-Esser und ich jetzt einweihen können, weil Sie für diese Themen damals nicht gesorgt haben – weder für PV auf den Dächern der Verwaltung noch für sonst irgendetwas haben Sie damals Geld in die Hand genommen, damit sich in diesem Land etwas verändert. – Nichts!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da finden Sie auch im Klimaschutzplan nichts; das ist wirklich nachlesenswert.

Wir haben es noch vor Corona geschafft, dass Nordrhein-Westfalen 2019 nicht nur das nicht hinreichende Ziel von minus 25 %, sondern sogar von minus 38,3 % – das ist annähernd das Ziel des Bundes für 2020 – erreichen konnte.

Dies hat uns veranlasst, die neuen Ziele des Bundes für 2030 und die Klimaneutralität für 2050 zunächst auch in unsere Klimanovelle aufzunehmen – wissend, dass Deutschland seine Ziele nur erreichen kann, wenn wir in Nordrhein-Westfalen unseren Beitrag dazu leisten.

Während es Rot-Grün nach dem Pariser Klimaabkommen versäumt hat, schnell die eigenen Klimaschutzziele anzupassen, hat die NRW-Koalition von CDU und FDP umgehend reagiert, um die noch im parlamentarischen Verfahren befindlichen neuen Klimaziele umgehend in den Gesetzentwurf zu übernehmen.

Erstmalig hat Nordrhein-Westfalen gesagt, dass wir bei den Zielen auf Bundesniveau sein müssen – nicht so weit abgeschlagen, wie Sie es beschlossen haben.

Dann hat der Bund seine Ziele noch einmal ambitionierter gestaltet, und umgehend hat diese NRW-Koalition ihren Gesetzentwurf angepasst. Dieses Tempo hätten Sie seinerzeit vorlegen können. Das haben Sie versäumt. Wir holen das jetzt nach.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben es heute gar nicht vorgetragen, Frau Brems, sondern Sie versuchen, es stärker in der medialen Begleitung unseres tollen Gesetzes zu verbreiten: Sie sind ein Verfechter eines möglichst jahresscharfen Plans, dass man sich für jedes Jahr etwas vornimmt.

(Zuruf von der CDU: Wochenscharf!)

Sie verweisen auf das Bundesgesetz. Da gibt es Mengenvorgaben, aber interessanterweise – schauen Sie einmal in die Anlage – nicht für den Energiesektor, jedenfalls nur für drei von elf aufgeführten Jahren, obwohl das für uns 50 % der CO₂-Emissionen ausmacht.

Sei's drum. Sie sind ja so sehr an Jahresscheiben interessiert. Deswegen habe ich mir gedacht, schauen wir uns doch einmal an, was die Grünen während ihrer Regierungsjahre in Jahresscheiben gerechnet bezüglich der CO₂-Minderung erreicht haben. Ich hatte vorgetragen: 2019 38,3 %. Man kann das alles nachlesen; das LANUV hat die Berichte ins Internet gestellt. Dann stellt man fest: Während 17 Regierungsjahren der Grünen in Nordrhein-Westfalen ist der CO₂-Prozentsatz um 19,15 % reduziert worden.

In den acht Regierungsjahren von CDU und FDP – ich beziehe nicht das Coronajahr mit ein, sonst wäre es noch deutlicher; ich bleibe bei 2019, weil diese Zahlen amtlich vorliegen – haben wir den CO₂-Ausstoß ebenfalls um 19,15 % reduziert. Wir waren also in unseren Regierungsjahren pro Jahr mehr als doppelt so erfolgreich bei der Reduktion von CO₂ in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das eine ist Ihre Bilanz, und das andere ist unsere Bilanz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich freue mich außerordentlich, dass wir heute die Möglichkeit haben, eine Neufassung des Klimaschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen zu verabschieden und unserem Bundesland damit verbindliche, aktuelle und ambitionierte Klimaschutzziele zu geben. Bis zum Jahr 2030 sollen die Treibhausgasemissionen nun um 65 % gegenüber 1990 gemindert werden; vorher waren 55 % vorgesehen. Das neue Minderungsziel für 2040 sieht eine Treibhausgaseminderung von 88 % vor. Nicht zuletzt soll die Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 und somit fünf Jahre früher als ursprünglich geplant erreicht werden.

Nordrhein-Westfalen nimmt als bevölkerungsreichstes Bundesland und aufgrund seiner Energiewirtschaft und Industrie eine Schlüsselrolle für die Erreichbarkeit der nationalen und internationalen Klimaziele ein. Dieser Verantwortung stellt sich dieses Bundesland, stellt sich dieses Hohe Haus, indem es heute das Klimaschutzgesetz verabschiedet und damit ganz klare Vorgaben setzt – eingebettet in die Zielstruktur des Bundes und der Europäischen Union –, die wir hier gemeinsam umsetzen wollen.

Wenn Sie, liebe Frau Brems, vorhin in Ihrer Zwischenfrage an Herrn Rehbaum insinuierten, dass wir uns nicht an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes hielten, weil ein Passus aufgenommen worden ist, der die subjektiven Rechte betrifft, dann möchte ich Ihnen entgegenhalten: Wir haben uns schlicht und ergreifend an das Bundesgesetz gehalten.

Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich aus § 4 Abs. 1 des Bundes-Klimaschutzgesetzes zitieren:

„Subjektive Rechte und klagbare Rechtspositionen werden durch dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nicht begründet.“

Das ist die Gesetzesgrundlage. Es gab Änderungen dazu. Es gab aber keine Änderungen zu diesem Passus, auch nicht im Bundesrat. Diesem Gesetzesentwurf haben auch die Grünen in Ländern, die sie mitregiert haben – ich glaube, es sind mittlerweile elf Länder –, zugestimmt.

Sie können doch hier nicht etwas kritisieren, was bundesweit längst Gültigkeit hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir halten uns hier an die Vorgaben des höchsten Gerichts, weil wir es mit der Umsetzung ernst meinen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ja? Das ist nett von Ihnen. Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Brems von den Grünen. – Bitte schön, Frau Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie das zulassen. – Sie waren in dem, was Sie eben dargestellt haben, nämlich was an entsprechenden CO₂-Emissionsreduzierungen stattgefunden hat, sehr in der Vergangenheit gefesselt, möchte ich sagen.

(Frank Sundermann [SPD]: Entfesselt!)

Das habe ich mir einmal ein bisschen genauer angeguckt. Die Verminderungen seit 2016 haben fast ausschließlich im Bereich der Energiewirtschaft und vor allem durch weniger Emissionen der Kohlekraftwerke stattgefunden. Da muss ich sagen: Damit haben Sie überhaupt nichts direkt zu tun.

(Henning Höne [FDP]: Fragen müssen Sie, nicht sagen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist das jetzt ein Vortrag oder eine Frage?)

Wenn Sie sich das auf die Fahne schreiben, dann ist das schon etwas kurios.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, können Sie bitte die Frage formulieren?

Wibke Brems (GRÜNE): Ich komme zu der Frage. – Denn das erste Kohlekraftwerk, das aufgrund des Kohleausstiegs abgeschaltet wurde, ist erst Ende 2020 abgeschaltet worden. Darauf konnten Sie nicht einwirken.

(Zurufe von CDU und FDP: Frage!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, würden Sie bitte eine Frage stellen?

Wibke Brems (GRÜNE): Deswegen frage ich Sie: Würden Sie mir zustimmen, dass die Klimaschutzerfolge, die wir in den Statistiken von 2016 bis 2019 oder 2020 sehen, mit Ihrer Politik überhaupt nichts zu tun haben, sondern mit anderen Aspekten auf der Bundesebene?

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr

Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Brems, gerne beantworte ich Ihre Frage.

(Henning Höne [FDP]: Welche Frage?)

Ich habe es jahresscharf berechnet, so wie Sie auch empfehlen, dass wir jahresscharf CO₂-Mengen für verschiedene Sektoren vorsehen sollten.

(Zuruf von der SPD: In der Schublade nichts gefunden!)

Da müssen Sie sich dieser Verantwortung stellen. Ich kann mich jedenfalls daran erinnern, weil ich selbst daran mitgewirkt habe, Frau Brems.

Sie nennen das Stichwort „Kohlekraftwerke“. Welche haben Sie denn abgeschaltet? Das hätten sie in den ersten zehn Jahren machen können. Aber da waren Sie noch auf einem ganz anderen Trip, nämlich für Kohle und gegen Kernenergie. Das war Ihr Deal, den Sie mit der SPD in Berlin gemacht haben: Kernkraft abschalten, und Kohle wird weiter aufrechterhalten. Das war die Verabredung „Trittin-Schröder“. Und daran haben Sie hier in Nordrhein-Westfalen nichts geändert.

(Michael Hübner [SPD]: Schwarz-Gelb hat die alle aufgehoben! Da haben Sie recht!)

Sie hätten hier schon einmal beginnen können. Kohlekraftwerke sind also Ihr Ansatzpunkt. Da hätte man handeln können. Und wir haben gehandelt. Ich kann das sagen, weil ich selbst Mitglied dieser schönen Regierung zwischen 2005 und 2010 war.

(Michael Hübner [SPD]: So wie heute Morgen beim WDR: Die Hälfte weglassen!)

Ich kann verstehen, dass Ihnen das wehtut. Aber es waren doch nicht die Grünen, die in ihrer Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen den Ausstieg aus der Steinkohle beschlossen und den Strukturwandel eingeleitet hätten.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es waren auch nicht die Grünen, die in ihrer Regierungszeit den Ausstieg aus der Braunkohle beschlossen und den Strukturwandel auf den Weg gebracht hätten.

Sie haben in Ihrer Regierungszeit von 1995 bis 2005 den Ausstieg nicht hinbekommen. Sie wollten ihn zugegebenermaßen, haben es aber nicht hinbekommen. Wir haben ihn bei der Steinkohle geschafft.

Das Gleiche gilt jetzt bei der Braunkohle. Sie haben 2016 deren Einsatz bis Mitte dieses Jahrhunderts verlängert. Wir organisieren jetzt den planvollen, verträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Das tut Ihnen weh. Das kann ich verstehen. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Ankündigen und Umsetzen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sind mehr bei der Umsetzung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Jetzt hat als nächster Redner für die CDU Herr Kollege Ritter das Wort.

Jochen Ritter (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gewitter, die am Dienstagabend über das Land zogen, waren im wahrsten Sinne des Wortes mitreißender als das, was die Nationalmannschaft abgeliefert hat, und das Spiel war nicht das Einzige, was an diesem Abend den Bach heruntergegangen ist.

Der Klimawandel bringt Extremereignisse mit sich. Die Folgen wollen wir besser beherrschen. Die Idee an sich ist nicht neu.

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [Grüne])

Neu ist es aber, die Klimaanpassung als Bundesland gesetzgeberisch aufzugreifen. Es ist der richtige Schritt zur richtigen Zeit.

Wer das, wie Teile der Opposition, auf die lange Bank schieben will, soll das denen erklären, denen regelmäßig die Keller volllaufen und denen die Hitze den Schlaf raubt. Ich meine den untauglichen Versuch, das Verfahren in die Länge zu ziehen, den SPD-Kollege Schneider im Ausschuss unternommen hat, indem er den Entwurf als brüske Absage an die Volksinitiative Artenvielfalt NRW desavouiert hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Hat er gut gemacht!)

Das erinnert mich an eine Taktik von Jürgen Klopp, der gesagt hat: Wir wollen die Bayern auf unser Niveau herunterziehen.

Da gehen wir nicht mit. Nach meinem Eindruck war das auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses etwas zu sehr von hinten durch die Brust ins Auge geschossen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Eine der acht Forderungen dieser Volksinitiative hat nämlich etwas Ähnliches zum Gegenstand wie das, worüber wir heute sprechen, nämlich der Punkt 7 „Artenschutz in der Stadt fördern“.

(René Schneider [SPD]: Dann haben Sie den nicht zu Ende gelesen!)

– Ich habe das sehr wohl gelesen.

(Frank Sundermann [SPD]: Gelesen ja, verstanden nein!)

Der Schlüsselbegriff dieses Gesetzes, Herr Schneider, ist „Grüne Infrastruktur“. Hauptzweck ist die Resilienz gegen Starkregen. Solche Flächen begünstigen natürlich auch die Artenvielfalt. Wer also etwas für Biodiversität im urbanen Umfeld tun möchte, kann durch die Zustimmung zu diesem Gesetz einiges dafür bewirken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Anhörung selbst hat den von der Regierung eingeschlagenen Weg bestätigt. Die kommunalen Spitzenverbände kommen damit zurecht, dass Anpassungskonzepte nicht obligatorisch sind. Die Notwendigkeit, sich damit auseinanderzusetzen, ist spätestens mit der Kommunalwahl in den Räten und bei den Bürgermeistern angekommen. Dazu muss niemand mehr gezwungen werden.

Dabei ist projektbezogene Förderung nicht per se schlechter als pauschale Zuweisungen. Es kann auch das Profil schärfen, wenn die Idee für einen Förderantrag noch einmal strukturiert dargestellt und die Finanzierung aktiv bewerkstelligt wird, anstatt dass mehr oder weniger passiv eine Pauschale verwaltet wird.

Die Fördertöpfe sind gut dotiert – insbesondere für die Ballungsräume, weil diese besonders herausgefordert sind. Aber auch der ländliche Raum hat Schwierigkeiten mit den eingangs geschilderten Phänomenen. Der Landregen ist auch nicht mehr so sanft, wie er einmal war. Deshalb werbe ich auch für Unterstützung in der Provinz.

Flächen für grüne Infrastruktur sind nicht tabu für andere Zwecke – so die Architektenkammer. Das ist ein guter Hinweis, den wir gerne beherzigen. Wir dürfen nicht verschwenderisch Funktion an Funktion nebeneinander platzieren, sondern müssen versuchen, das, was harmonisiert, an einem Ort zu konzentrieren und zu kombinieren.

Kombiniert haben die Architekten auch gleich die grüne Infrastruktur mit der Farbe des Wassers und daraus die grün-blaue Infrastruktur formuliert. Die Keywords dieses Gesetzes werden also von der Fachwelt bereits adaptiert. Das ist ein gutes Omen für die Akzeptanz dieses Regelwerkes.

Nicht nur in dieser Hinsicht sind unsere Gesprächspartner aus der Anhörung einen Schritt weiter als die Bedenkenträger aufseiten der Opposition. Den landwirtschaftlichen Verbänden zufolge können fortschrittliche Züchtungsmethoden einen erheblichen Beitrag dazu leisten, schnell Antworten auf sich ändernde klimatische Verhältnisse zu finden.

(Zuruf von der SPD)

Das ist nicht direkt in diesem Gesetz unterzubringen, kann aber bei der zu erarbeitenden Strategie durchaus eine Rolle spielen.

Apropos, was wo am besten zu regeln ist: In Anbetracht der Größe der Aufgabe ist es doch kleines Karo, sich daran abzuarbeiten, ob es zu den Angelegenheiten, die das Klima betreffen, zweier Gesetze bedarf, anstatt alles in einem Gesetz zu regeln.

Selbst unternehmer nrw, die nicht gerade für ihre Begeisterung für zusätzliche Regelwerke bekannt sind, haben eingeräumt, dass es angemessen sei, der Klimaanpassung auf diese Weise den Raum zu geben, der ihr gebührt.

Je länger das Spiel dauert, desto weniger Zeit bleibt, wusste schon Marcel Reif. Das ist das Schicksal des zweiten Redners in der Block-II-Debatte. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Ritter. – Jetzt spricht Herr Schneider für die SPD-Fraktion.

René Schneider^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu Herrn Ritter: Die Forderungen der Volksinitiative – ich habe versucht, das im Ausschuss deutlich zu machen; ich habe es, glaube ich, auch sehr detailliert aufgedröselte – scheinen Sie noch immer nicht verinnerlicht zu haben.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Es sind mindestens drei, wenn nicht gar vier Punkte, die man hier konkret hätte mit der Volksinitiative diskutieren können und ins Klimaanpassungsgesetz auch hineinschreiben können. Ich frage mich, ob Sie dann das Gesetz im Herbst tatsächlich noch einmal anpacken werden. Aber das wird die Zeit ja zeigen. Ich denke einmal, nicht.

Lassen Sie mich, bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, noch einen Hinweis in Richtung des Ministers, aber auch des einen oder anderen Sprechers hier geben. Liebe Leute, so ein Gesetz ist kein neues iPhone. Ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie zu viele Apple Keynotes sehen. Wenn ich von dem schönsten Tag der Welt, von tollen Gesetzen, von dem besten Gesetz ever höre, muss ich sagen: Sie sind nicht Steve Jobs – wirklich nicht, Herr Minister.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Wenn man sich das von außen betrachtet anschaut, wird es, finde ich, zunehmend peinlich, weil Ihnen die Leute das eben nicht abnehmen.

Deswegen versuche ich in der folgenden Rede, ein wenig auf die Folgen abzuheben. Das hier macht die

Leute da draußen auch ein Stück weit kirre, glaube ich. In der ersten halben Stunde ging es heute nur darum, wer was wann hätte vielleicht machen können. Und darum geht es doch längst nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Die Menschen da draußen und wir alle müssen daran interessiert sein, dass es nach vorne geht,

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

und nicht daran, irgendwelchen Leuten irgendetwas unter die Nase zu reiben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn wir immer noch in dieser Schockstarre verharren und bei einem so wichtigen Zukunftsthema immer noch in diesen traditionellen Riten von Parlamentarismus verharren, dann kommen wir doch nicht voran, meine Damen und Herren.

(Dr. Christian Untrierer [CDU]: Stimmen Sie einfach zu! – Henning Rehbaum [CDU]: Einfach zustimmen!)

Egal, wie wir uns heute entscheiden: Eine gravierende Klimaveränderung steht bereits fest. Denn ganz gleich, was wir hier tun: 2050 wird ganz anders aussehen.

Gerade gab es schon einen Hinweis auf die Starkregenereignisse im Ruhrgebiet.

Wir messen aktuell in Kanada Temperaturen von um die 50 Grad. Jetzt kann man sagen, Kanada sei weit weg. Geografisch stimmt das auch. Aber es ist eben nicht weit weg, weil wir hier über ein Klima sprechen, das uns alle packen wird.

Die Zahl der tropischen Nächte steigt, in denen wir alle kaum Schlaf finden werden. In den Städten wird das noch viel schlimmer sein als auf dem Land. Das wird die Menschen aggressiv machen. Es wird unsere Körper anfälliger für Krankheiten und Entzündungen machen.

Flora und Fauna verändern sich. Zecken und Mücken etwa breiten sich aus und übertragen Krankheiten, die in Deutschland heute noch fremd sind.

(Zuruf Dr. Christian Blex [AfD])

Senioreneinrichtungen benötigen plötzlich klimatisierte Rückzugsräume – siehe Kanada, wo es zu einer erhöhten Sterblichkeitsrate kommt, gerade bei älteren Menschen. Diese Klimaräume werden auch in Arztpraxen und in Kliniken, beispielsweise bei OP-Sälen, gebraucht.

Weil Starkregen zur Gewohnheit werden, müssen Rückhaltebecken gebaut werden und Drainagen sicherstellen, dass der Boden die Wassermassen aufnehmen kann. Das ist auch gerade zum Ausdruck gekommen.

Dann fragt man sich: Wo steht das alles in diesem Klimaanpassungsgesetz? Wo wird das zum Thema gemacht?

Da müssen wir etwas tun. Deswegen ist ja die Kombination in der Beratung sinnvoll. Man kann darüber streiten, ob man zwei Gesetze daraus macht. Ich habe da meine eigene Interpretation. Natürlich ist es ein wunderbares Etikett, das man draufkleben kann: erstes Bundesland, das ein Klimaanpassungsgesetz macht, das sich alleine um Klimaanpassung dreht. Dann ist das Etikett drauf – ähnlich wie bei einer Moggelpackung im Supermarkt. Der Beobachter nimmt die Packung mit und sagt: Ganz toll! – Wenn man sie zu Hause aufmacht und reinguckt, bekommt man einen Schrecken und denkt: Meine Güte, da haben sie schon wieder den Inhalt der Packung reduziert.

Aber gut; das wird sich nach und nach herausstellen. Es ist allerdings einfach schade, weil es um ein Thema geht, das nicht mal eben läppisch abzutun ist.

Zur Stunde stehen die Initiatoren der Volksinitiative Artenvielfalt NRW vor dem Landtag. Ich will noch einmal darauf eingehen, weil Herr Ritter das auch herausgestellt hat. Und sie haben etwas zu feiern. Denn rund 100.000 Menschen unterstützen diese Initiative. Es wäre aus unserer Sicht eine Frage des Anstands gewesen, deren Punkte ins Klimaanpassungsgesetz mit aufzunehmen – oder noch besser: Sie hätten die per Volksinitiative erzwungene Diskussion im Spätsommer oder im zweiten Halbjahr mit dem Gesetzgebungsverfahren verbinden können.

Stattdessen peitschen Sie das hier noch vor der Sommerpause durch, um später darauf verweisen zu können, dass ja schon alles geregelt sei. Wir finden: Das gehört sich nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Kein Wort darüber, wie der Flächenfraß gestoppt werden soll! Sie reißen das Thema im Gesetz an. Der Flächenfraß steht ja darin. Da, wo es spannend wird, kneifen Sie aber.

Gerade war die Rede von den Landwirten. Verschwiegen haben Sie, dass Ihnen beide nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsverbände ganz konkret sogar einen Formulierungshinweis in ihre Anhörungsunterlagen hineingeschrieben haben. Sie haben Ihnen den Formulierungshinweis hineingeschrieben – Sie hätten ihn nur kopieren müssen – mit dem Vorschlag, das Flächenverbrauchsziel bis 2030 auf netto null vorzuschreiben. Diesen Schritt gehen Sie nicht. Sie erzählen uns, das müsse man in irgendwelchen anderen Gesetzen machen. Es hätte genau hier hineingemusst.

Wenn Sie jetzt fragen – Gott sei Dank kam die Frage noch nicht –, warum wir dann keine Änderungsanträge schreiben, sage ich Ihnen eines ganz klar:

(Dr. Christian Untrierer [CDU]: Arbeitsverweigerung!)

Erstens lehnen Sie diese unter Hinweis auf Ihre eigene Genialität – ich sagte es eingangs – schlichtweg ab.

Zweitens können wir jetzt auch noch 318 Tage lang warten. Denn dann, meine Damen und Herren, haben 100.000 Unterstützerinnen und Unterstützer der Volksinitiative genauso wie Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit, Ihre Koalition aus Entfesselung und Ignoranz abzuwählen.

(Beifall von der SPD)

Wirklich schade ist nur, dass wir bis dahin ein wichtiges Jahr im Kampf gegen die Klimakatastrophe und für eine klimagerechte Welt verloren haben werden, meine Damen und Herren. – Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Schneider. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Diekhoff.

Markus Diekhoff* (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was heute hier von der Opposition vorgetragen wird, ist ja doch etwas peinlich. Das gilt für beide Reden.

Herr Schneider, ein Umweltpolitiker, der sich mehr über ein neues iPhone freut

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

als über das ambitionierteste Klimaschutzgesetz in Deutschland, macht auf jeden Fall etwas falsch.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das kann doch nicht wahr sein. Sie stellen sich hierhin und sagen: Es ist ja kein neues iPhone. Wenn es ein iPhone gäbe, dann würde ich schreien. – Wir sind Vorreiter und legen heute das beste Klimaschutzgesetz bundesweit vor. Wir legen das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz vor. Und Ihnen fällt nichts Besseres ein, als sich auf ein iPhone zu freuen.

(Carsten Löcker [SPD]: Das haben Sie aber uminterpretiert!)

Das zeigt doch Ihre Ideenlosigkeit, die auch diesen ganzen Prozess begleitet. Es ist nichts gekommen.

(René Schneider [SPD]: In der gesamten Milchstraße, Herr Kollege!)

Das ist doch peinlich. Es ist einfach peinlich.

(René Schneider [SPD]: Mal versuchen, zuzuhören!)

Ich kann auch schneller machen. Ich muss ja eigentlich nichts sagen. Sie haben ja nichts vorgelegt. Sie haben sich auch dafür entschuldigt, dass Sie nichts vorgelegt haben, weil wir ja besser sind. Das haben Sie doch selber gesagt. Ich könnte also wieder gehen. Sie haben nichts Eigenes eingebracht.

(Beifall von der FDP – Michael Hübner [SPD]:
Tun Sie ja auch nicht!)

Der Minister hat hervorragend dargestellt, was wir Gutes tun. Die Fakten sprechen für uns. Frau Brems hat es ja gesehen. Die Fakten sprechen für uns. Insofern: Was sollen wir denn dazu sagen? Es ist ein wunderschöner Tag für Nordrhein-Westfalen, auch wenn es kein neues iPhone gibt.

(Zuruf von der SPD: Ja, dann machen wir doch Feierabend!)

Eines ist völlig unumstritten – auch hier bei der Klimaanpassung; darüber reden wir ja gerade –: Ein Klimaanpassungsgesetz ist notwendig. Alle finden es toll. Die Kommunen haben es in den Entscheidungen begrüßt. Wir haben gemacht und getan.

Und die SPD hat nichts Besseres zu tun, als zu versuchen, das Ganze im Ausschuss aufzuhalten – durch billige Verfahrensdiskussionen, den Antrag, es von der Tagesordnung abzusetzen, und diesen ganzen Kram.

Warum hindern Sie uns denn auf dem Weg, eine bessere, klimaangepasste Zukunft für Nordrhein-Westfalen hier zu erarbeiten?

(Michael Hübner [SPD]: Weil Sie sich auch an die Geschäftsordnung halten müssen!)

Was spricht denn dagegen? Sie haben keine eigenen Vorschläge, wollen das Verfahren aber behindern. Das ist doch peinlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Wir machen mit dem Klimaanpassungsgesetz auf jeden Fall jetzt einen guten Sprung nach vorne. Wir unterstützen die Kommunen. Die Kommunen haben sich auch gefreut.

(Carsten Löcker [SPD]: Wer hat sich gefreut? Die Kommunen?)

Wir sind da Vorreiter.

Wir nehmen die Punkte einer Bürgerinitiative da jetzt erst einmal nicht auf, weil sie damit nichts zu tun haben. Das ist ein völlig eigenes Feld. Es ist ja auch belanglos, dies fortzuführen und zu sagen, das müsse da jetzt alles hinein. Warum? Es geht um ganz andere Themen. Und wir übernehmen die Verantwortung für diese Themen. Wir wollen gleiche Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt auch unter dem Vorzeichen des Klimawandels – Stichwort „Hitzeinseln“; Sie kennen das ganze

Thema. Wir beseitigen das. Wir gehen da mit einem starken Gesetz voran und setzen starke Rahmenbedingungen. Das ist wichtig für Nordrhein-Westfalen, und das erwarten die Menschen von uns.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schneider?

Markus Diekhoff* (FDP): Wenn er unbedingt möchte, ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ja, er möchte.

Markus Diekhoff* (FDP): Dann soll er mal fragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Schneider.

René Schneider* (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident, und vielen Dank für Ihren Großmut, Herr Diekhoff, die Frage zuzulassen. – Es gäbe viel zu sagen. Aber ich stelle eine Frage, weil das hier so vorgesehen ist.

Sie haben die Großartigkeit des Gesetzes und den großen Applaus, den auch die Kommunen diesem Gesetz gezollt hätten, herausgehoben. Meine Frage ist: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass unter anderem die Kommunen kritisiert haben, dass beispielsweise die Erstellung von Schottergärten über das Verbot auf kommunaler Ebene unter anderem durch Ihr Landesbaugesetz und Ihre Landesbauordnung verunmöglicht worden ist? Haben Sie das zur Kenntnis genommen, und wird da noch etwas kommen? – Das war schon die Frage. Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war eine Frage; das stimmt.

Markus Diekhoff* (FDP): Das haben wir zur Kenntnis genommen und so entschieden, wie wir es für richtig halten. Genau. Da sind wir dabei.

(Carsten Löcker [SPD]: Also nix! – Zuruf von René Schneider [SPD])

Aber da geht es ja auch wieder um den Bereich „Artenschutz“, was ja in einer gewissen Form auch ein anderes Thema ist. Sie dürfen nicht immer alles zusammenschmeißen, sondern müssen schon klar und sortiert die einzelnen Punkte für sich abarbeiten. Dann fällt Ihnen vielleicht auch etwas ein. Und dann können Sie in Zukunft auch wieder bei Gesetzen mitarbeiten und nicht einfach nur abwarten und verhindern. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Diekhoff. – Nun spricht als nächster Redner für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 10. Mai 2021 fanden zwei Anhörungen hier im Landtag statt, eine zum überarbeiteten sogenannten Klimaschutzgesetz und eine zum neuen sogenannten Klimaanpassungsgesetz. Zu beiden Anhörungen waren Sachverständige aus Wirtschaft und Behörden, aber auch Naturwissenschaftler eingeladen. Alle anwesenden Naturwissenschaftler waren sich in beiden Anhörungen komplett einig, dass sowohl das sogenannte Klimaschutzgesetz als auch das sogenannte Klimaanpassungsgesetz absolute Fehlkonstruktionen sind.

Die Naturwissenschaftler bestätigten, dass die Klimasensitivität von CO₂ bis heute nicht geklärt ist. Es gibt hierzu keinerlei geschlossene, fundierte physikalische Theorie – nichts.

Deshalb verwenden die Apologeten der Church of Global Warming auch sogenannte Klimamodelle. Noch immer – das ist auch in der Anhörung deutlich geworden – berücksichtigen diese sogenannten Klimamodelle viele natürliche Meereszyklen und Oszillationen überhaupt nicht.

Damit diese Modelle überhaupt irgendwelche Anhaltspunkte für die zukünftige Entwicklung des Klimas liefern könnten, müssten sie erst einmal in der Lage sein, die Vergangenheit zu reproduzieren. Auch das wurde in der Anhörung noch einmal bestätigt: Diese sogenannten Klimamodelle können nicht einmal die Vergangenheit reproduzieren. Sie taugen nichts, aber auch gar nichts für die Vorhersage der zukünftigen Entwicklung.

Woran sollen sich denn jetzt die Bürger in unserem Land mit Ihrem sogenannten Landesgesetz zur Klimaanpassung anpassen? Wird es wärmer? Wird es kälter? Niemand weiß es. Wir wissen nur, dass sich das Klima immer geändert hat, und wir wissen, dass sich die Menschen immer an das sich ändernde Klima angepasst haben.

Vor 300.000 bis 250.000 Jahren entstand der Homo sapiens in Afrika.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

– Da lachen Sie. Sie glauben es nicht. Das gilt auch für die SPD. Wir sind mit die intelligentesten ...

(René Schneider [SPD]: Sie erzählen das nur so schön! – Carsten Löcker [SPD]: Wir dürfen uns doch über Ihren Exkurs amüsieren! Das werden Sie uns doch wohl zugestehen! – Frank Sundermann [SPD]: Sie treten den Gegenbeweis an!)

– Sie gehören auch zu den intelligentesten Lebewesen, die diese Erde hervorgebracht hat. Aber offenbar streiten Sie ab, dass Sie dazugehören. Okay.

(Carsten Löcker [SPD]: Wir wollen uns nur darüber amüsieren!)

Worüber regen Sie sich auf? Dass ich Ihnen die Zugehörigkeit zum Homo sapiens als intelligentester Lebensform zugesprochen habe?

(Carsten Löcker [SPD]: Das Geschwätz!)

Ich kann doch auch nichts dafür, dass Sie dazugehören.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vor 70.000 Jahren begann der Homo sapiens, sich in ganz Afrika und im Nahen Osten auszubreiten. Vor 45.000 Jahren hatte er bereits Asien und Europa besiedelt. Heute hat die Menschheit alle klimatischen Zonen unserer Erde besiedelt, von den Tropen und Wüstengebieten bis hin zu den Polarregionen.

Die Menschheit hat Eiszeiten und Warmphasen überlebt, Hungerwinter und Dürresommer, allein in Europa in der jüngsten Zeit die Kältewelle von 1431 bis 1439.

(Zurufe)

– Herr Präsident, ich würde darum bitten, dass das Geschrei auch vonseiten der CDU hier mal ein bisschen eingestellt wird.

(Henning Höne [FDP]: Hier schreit nur einer!)

– Sie vertun sich, wer hier redet. Sie können ja nachher noch etwas dazu sagen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist sehr unparlamentarisch, was Sie gerade machen.

(Lachen von der CDU und Henning Höne [FDP])

Allein in Europa gab es in der jüngsten Zeit die Kältewelle von 1431 bis 1439, die Dürre von 1540,

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

den großen Winter von 1607/1608,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie waren all die Jahre dabei!)

den Hitzesommer von 1616, die Eisflut von 1626, die Kältewelle von 1657/1658, den Jahrtausendwinter 1708/1709 usw.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Die schlimmsten Phasen waren dabei meistens die Kältewellen.

Das Wetter hat sich stets geändert, und wir haben uns stets angepasst. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit ist durch unsere Fähigkeit zur An-

passung geprägt. Genau das zeichnet uns aus. Die Menschheit hat sich 250.000 Jahre ohne Politiker, ohne Bürokratie und insbesondere ohne ein Klimaanpassungsgesetz einfach angepasst.

Doch Ihnen geht es nicht um Rationalität und Notwendigkeiten. Aus PR-Gründen möchten Sie kurz vor der Bundestagswahl und der Landtagswahl noch einmal den schulschwänzenden, naturwissenschaftlich und historisch unbedarften Klimahüpferinnen ein Geschenk machen. Sie werden verstehen, dass wir das nicht mitmachen werden.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

Ich wünsche uns allen eine warme und sonnige Sommerpause; denn Wärme war in der Menschheitsgeschichte immer gut. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein einsamer AfD-Abgeordneter gegen den Rest der Welt, gegen die gesamte Wissenschaft, gegen alle, die sich mit diesen Themen befassen! Herr Dr. Blex, ich bin wirklich beeindruckt von dem, was Sie uns heute hier wieder vorgetragen haben: diese glatte Verneinung dessen, was zurzeit vorgeht,

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

die Verneinung dessen, was beim Klimawandel tatsächlich geschieht. Sie tun das einfach ab. Es ist sehr, sehr schade, wie Sie sich hier einlassen.

Da lobe ich mir doch lieber die auch nicht ganz so superhilfreichen konstruktiv-kritischen Bemerkungen der Oppositionskollegen. Da wende ich mich lieber Herrn Dr. Schneider zu als ...

(Frank Sundermann [SPD]: Dr. Schneider? Ohne Plagiat! – René Schneider [SPD]: Ich bin das nicht!)

– Oh, Herrn Schneider.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Blex?

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Definitiv nicht. Man sollte denjenigen, die bewusst falsche Nachrichten und falsche Themen hier platzieren, nicht auch noch zusätzliche Redezeit geben.

Deshalb lasse ich heute keine Zwischenfrage von Herrn Dr. Blex zu, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Herr Schneider, jetzt muss ich doch noch einen Superlativ hinzufügen. Es ist das erste Klimaanpassungsgesetz, und es ist ein Meilenstein, den wir heute auf den Weg bringen.

(Beifall von der CDU)

Wir sind das erste Bundesland in der Bundesrepublik, das ein solches Gesetz vorangetrieben hat. Es ist ein Meilenstein, egal wie Sie es bezeichnen mögen.

Sie sind wahrscheinlich schon im Bundestagswahlkampf und deshalb nicht so sehr geneigt, sich mit Fakten zu beschäftigen. Selbst im Bund gibt es aber eine Anpassungsstrategie, aus der wir das Anpassungsgesetz ableiten. Es gibt also eine sehr enge Verzahnung zwischen Bund und Land. Insofern bringen wir hier eine gute und richtige Sache voran.

Wenn Sie sich angesichts der Unwetter der letzten Tage anschauen, mit welchen Schlammmassen unsere Helferinnen und Helfer und die Feuerwehren zu tun hatten, dann verstehen Sie, warum wir das Klimaanpassungsgesetz dringend benötigen.

Was ist der wesentliche Kern des Gesetzes? – Ich habe die ganze Zeit über das Gefühl, ich würde mit Ihnen über das Naturschutzgesetz diskutieren. Ich diskutiere mit Ihnen aber über das Klimaanpassungsgesetz; das ist ein anderes Thema.

(Beifall von Markus Diekhoff [FDP])

Es geht um die Frage, wie in Zukunft Klimaveränderungen tatsächlich berücksichtigt werden, beispielsweise bei der Stadtplanung und der Stadtentwicklung. Wenn eine Stadt ein neues Quartier ausweist, muss sie in Zukunft dafür sorgen, dass das Thema „Klimaanpassung“ berücksichtigt wird, auch mit Blick auf die grüne Infrastruktur, auf Dachbegrünung und Fassadenbegrünung.

Herr Ritter hat es in seiner Rede genannt und Markus Diekhoff genauso: Wir haben es mit Hitzethemen zu tun, und zwar auch mit kurzfristigen. Es geht nicht darum, dass wir langfristig ständig hohe Temperaturen haben, sondern das Problem des Klimawandels und vor allen Dingen seiner jetzigen Vorboten sind die ständigen Wechsel von Hitze zu Starkregen zu Dürre, also Extremwetterereignisse, die die Vorboten des Klimawandels ausmachen.

Das müssen wir gesetzlich erfassen und festlegen, was die Kommunen tun können. Das Besondere ist, dass etwa bei der Ausweisung von Stadtquartieren in Zukunft darauf zu achten ist, Hitze durch grüne Dächer und Fassadenbegrünung zu senken und auch die blaue Infrastruktur zu berücksichtigen. Die Schwammstadt Bochum ist ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Verdunstungskälte arbeiten kann. Bei

diesen Themen helfen wir den Kommunen, in Zukunft weiterzukommen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Jedes Ressort wird sich zukünftig darum kümmern, dass die Klimaanpassung in seinem Bereich tatsächlich vorangetrieben wird, dass etwa bei baulichen Vorhaben die Klimaanpassung berücksichtigt wird.

Wir werden eine ganze Menge vorlegen. Wir werden Ihnen ein 15-Punkte-Programm vorstellen, wie wir in den nächsten Wochen und Monaten vorangehen wollen, denn das, was in den letzten Tagen in Deutschland passiert ist, zeigt uns, wie dringend das Thema auf die Agenda gehört.

Ich finde es toll, dass die Volksinitiative heute 115.000 Unterschriften übergeben hat; das ist wirklich ein Wort. Lassen Sie uns die Themen der Volksinitiative aber in Ruhe und im Zusammenhang mit den Gesetzen, um die es geht, diskutieren.

Ich habe schon im Ausschuss versucht, es Ihnen zu erläutern, aber Sie haben mir offensichtlich nicht zugehört: Diese Themen gehören zur Biodiversität, die nicht im Klimaanpassungsgesetz, sondern vor allen Dingen im Naturschutzgesetz und in der Landesplanung abgebildet werden. Bitte folgen Sie dem.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zum Abschluss sage ich noch einmal: Es ist ein wirklich guter Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz und ein gutes erstes Klimaanpassungsgesetz vorgelegt. Es ist ein guter Tag, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der AfD von Herrn Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Ministerin, es ist interessant, dass Sie auf meine Äußerungen immer so schön emotional reagieren; das freut mich irgendwie auch ein bisschen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Bei dem, was Sie von sich gegeben haben, muss ich mich allerdings schon fragen, wo Sie eigentlich bei den Anhörungen waren. Alle Naturwissenschaftler haben über die Untauglichkeit der Klimamodelle geredet. Sie haben es eben so dargestellt, als wäre das eine Einzelmeinung von mir gewesen. Nein, alle anwesenden Naturwissenschaftler haben das bestätigt. Damit können Sie vielleicht nicht so viel anfangen, aber nichtsdestotrotz war es so.

Sie widersprechen sich auch selbst, indem Sie behaupten, es gebe noch gar keinen Klimawandel, sondern Vorboten des Klimawandels. Frau Heinen-Esser, das Klima hat sich stets gewandelt; ich habe Ihnen eben Beispiele von historischen Extremwetterlagen genannt.

Sie haben tatsächlich behauptet, es gebe eine Häufung von Extremwetterlagen. Auch da haben Sie in der Anhörung wohl irgendetwas anderes gemacht oder es nicht verstanden. Die Experten haben deutlich gesagt, dass es keine Häufung von Extremwetterlagen gibt.

Ich erlaube mir, für Sie noch ein paar Extremwetterlagen hinzuzufügen wie die Hamburger Flut von 1771, den vulkanischen Winter von 1783/84, das Eishochwasser von 1784, die Kältewelle von 1788/89, das Jahr ohne Sommer von 1816 ...

Präsident André Kuper: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Dr. Christian Blex (AfD): Ich weiß, zu viele Fakten. – Danke schön.

Präsident André Kuper: Okay, danke. – Zur Beantwortung Frau Ministerin.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt keinen ernst zu nehmenden Naturwissenschaftler,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Er kann das Wetter am Geschmack erkennen!)

der bestreitet, dass wir den Klimawandel zurzeit erleben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen betreffend das Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung empfiehlt in Drucksache 17/14325, den Gesetzentwurf Drucksache 17/12976 mit den in seiner Beschlussempfehlung näher bezeichneten Änderungen anzunehmen. Zudem liegen uns zwei Änderungsanträge vor.

Deshalb stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/14362 ab. Wer möchte dem Änderungs-

antrag zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und die AfD. Gibt es jemanden, der sich enthält? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/14362 angenommen**.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14365 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/14365 abgelehnt**.

Dann stimmen wir über die Beschlussempfehlung zu dem soeben geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/12976 ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses und des Änderungsantrags Drucksache 17/14362 verabschiedet** worden.

Nun stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14350 ab. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/14350 abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/12977 ab. Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 17/14254, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/12977 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

4 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die Fraktion der Grünen der Fraktionsvorsitzenden Frau Paul das Wort.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Krise hat schonungslos und jetzt mit Sicherheit auch für

den Letzten erkennbar offengelegt, welche strukturellen Probleme in der professionellen Care-Arbeit bestehen. Natürlich wird ein Großteil der Care-Arbeit im privaten, im ehrenamtlichen und im nachbarschaftlichen Kontext geleistet, aber ein Großteil eben auch im professionellen Kontext.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir viel über diesen Sektor gesprochen. Jetzt müssen wir vor allem etwas für diesen Sektor tun; denn es hat sich herausgestellt, dass unsere soziale Infrastruktur fragil ist. Das liegt an strukturellen Mängeln, das liegt an einer Unterfinanzierung der Systeme, das liegt an einer schlechten Bezahlung und damit einhergehend an mangelnder Attraktivität, aber auch an mangelnder Attraktivität aufgrund schlechter oder schwieriger Arbeitsbedingungen.

Dabei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Care-Berufen auf der einen Seite hochengagiert, und sie üben ihre Tätigkeit meist aus Berufung und Überzeugung aus. Das führt im Umkehrschluss dazu, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit sind, über Belastungsgrenzen hinwegzugehen, weil sie eben eine hohe Verpflichtung für ihre Patientinnen und Patienten, für die zu Pflegenden, für die Kinder in den Kitas und in der Kindertagespflege fühlen.

Das heißt auf der anderen Seite aber nicht, dass die Politik das als systemstabilisierend einfach einpreisen darf. Wir dürfen nicht einpreisen, dass diese Menschen durch ihr hohes Engagement viele Lücken im System gestopft haben, die strukturell endlich durch die Politik und konsequentes Handeln geschlossen werden müssten.

Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Tagespflegepersonal und Sozialarbeiterinnen wurden in der Krise als systemrelevant anerkannt und mit viel Beifall bedacht. Der Beifall ist mittlerweile längst verklungen, und das, was daraus an strukturellen Veränderungsbedarfen erwächst, wird bislang leider nicht konsequent aufgegriffen.

Es braucht jetzt aber einen strukturierten Aufbruch, um dem Applaus wirkliche Wertschätzung und damit einen tatsächlichen Beitrag zur Fachkräftegewinnung, aber auch zur Fachkräftesicherung folgen zu lassen. Wir müssen nicht nur mehr Menschen für die sozialen Berufe gewinnen, sondern wir müssen diejenigen, die in sozialen Berufen tätig sind, darin halten.

Drei Faktoren sind dabei ganz entscheidend. Diese müssen wir mehr in den Blick nehmen und an den Stellschrauben drehen.

Das ist einmal die Frage von Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Auch Menschen in sozialen Berufen wollen sich beruflich weiterentwickeln und Entwicklungsperspektiven haben. Das ist ein wichtiger Punkt, um Menschen dauerhaft in diesem Bereich zu halten.